

Widerstand jetzt

In den neuesten Umfragen würde die LINKE in NRW ca 6% der Stimmen erreichen. Die Unzufriedenheit ist aber größer, sicher die Unzufriedenheit mit der jeweils persönlichen Situation, wenn auch nicht sofort mit den herrschenden Verhältnissen.

Die grundsätzliche Frage lautet also:

Wie ist diese Unzufriedenheit in einen breiten sozialen und politischen Widerstand umzusetzen?

Dankenswerter Weise hat die GDL bundesweit die Möglichkeit von Widerstand aufgezeigt, aber noch auf einer traditionell gewerkschaftlichen Linie. Nicht die Ausbeutung der Lohnarbeit wird angegriffen, sondern die Bedingungen dieser Ausbeutung sollen gemildert werden.

Die erfolgreiche Ideologie einer ökonomischen Individualisierung läßt die Menschen mit ihrer jeweiligen Situation buchstäblich allein und fordert eine individualistische Selbstökonomisierung, d.h. eine begeisterte oder verzweifelte scheinbare Selbstausbeutung. Dahinter sollen die gesellschaftlichen Ausbeutungsverhältnisse im Bewußtsein verschwinden, vor allem die Möglichkeit ihrer Umwälzung.

Kämpfe gegen diese Verhältnisse bedeuten deshalb immer auch und vor allem praktische Bildung und Aufklärung, das Aufzeigen eines solidarischen Widerstands. Beispiele in der Geschichte sind etwa die Bewegungen der Hausbesetzungen, der Widerstand gegen die Startbahn West oder die Aktionen im Wendland und zuletzt die Proteste gegen den G8 Gipfel. Ein Warten auf Gesetze oder die Forderungen nach einer irgendwann vielleicht durch Stimmzettel erreichbaren parlamentarischen Änderung reichen nicht aus. Die Verhältnisse sind hier und jetzt unerträglich.

Eine jetzt durch den scheinbar alternativlosen und folgerichtigen Kapitalismus errungene kulturelle Hegemonie kann nur gebrochen werden, wenn die Notwendigkeit und die Möglichkeiten eines breiten und solidarischen Widerstands vor allem praktisch aufgezeigt werden. Nur so wird die Ideologie der Individualisierung, „Jeder ist für sein Schicksal selbst verantwortlich“, überwunden.

Dieser Widerstand sollte unter einer Überschrift stehen:

„Wir bestimmen unsere Arbeit selbst.“

Sie umfaßt die ökonomischen Bedingungen der Arbeit, aber auch die Inhalte der Arbeit. Arbeit ist nicht nur Lohnarbeit! Eine andere, selbstbestimmte Arbeit fordert eine breite wirtschaftliche Demokratisierung. Sie bedeutet eine Selbstbestimmung, die in der allein politischen und nicht wirtschaftlichen parlamentarischen bürgerlichen Demokratie höchstens scheinbar zu erreichen ist.

Dabei dürfen wir nicht hinter den Kapitalismus zurückfallen, der wie schon immer global agiert, jetzt aber in erweiterten globalen Organisationsformen. Den international organisierten Ausbeutungsbedingungen stellen wir einen sozialistischen Internationalismus entgegen. Über jede Moral hinaus wird selbst der gewerkschaftliche Kampf zunehmend international geführt werden müssen. Wir können uns nur selbst befreien in der unbedingten Solidarität mit den Unterdrückten aller Länder- in sbesonders in den vom Imperialismus besetzten und ausgebeuteten Ländern. Das bedeutet hier und jetzt: Grundsätzlich keine Abschiebungen, keine Entsendung bewaffneter Verbände, ob Militär oder Polizei, außerhalb der Grenzen der BRD, kein Rüstungsexport, und vor allem Unterstützung und Förderung eines emanzipatorischen Widerstands gegen den Imperialismus.

Die Bestimmung der Politik des Landesverbandes kann nicht an den begrenzten Kompetenzen eines Landes halt machen, diese Politik bestimmt sich vielmehr aus dem, was in diesem Lande geschieht und aus den Gründen und Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Macht, die von diesem Lande ausgeht.

Bürgerliche Institutionen, wie die Parlamente und kommunalen Vertretungen müssen produktiv genutzt werden. Wahlkämpfe sind Zeiten hohen Politikinteresses. Parlamente können öffentlichkeitswirksam eingesetzt werden, die finanziellen Möglichkeiten, die ein integrationswilliger Parlamentarismus bereit stellt, können auch gegen den Kapitalismus eingesetzt werden.

Dies alles ist nur möglich auf der Basis eines breiten und über die Partei hinaus organisierten Widerstands, der auch die gewählten VertreterInnen kontrolliert und gegebenenfalls öffentlichkeitswirksam zur Rede stellt.

Ich möchte nun zunächst vier mögliche Kampagnenschwerpunkte auf der Grundlage der „Landespolitischen Positionen skizzieren und zusammenfassen und komme dann zu den organisatorischen Schwerpunkten. Ich vertsehe diese Schwerpunkte als Vorschläge, sie decken nicht die Landespolitischen Positionen vollständig ab. Ich möchte sie hier nur als vorgeschlagene Aktionsschwerpunkte verstehen.

1) Hartz IV

In vielen Kreisverbänden bestehen bereits Beratungsstellen. Diese sind auszubauen. Der nächste Schritt wäre der Schritt von der Beratung zum Widerstand. Die restriktive Auslegung der bestehenden Vorschriften ist nicht hinzunehmen. Hierfür tragen Menschen mit Namen und Adresse die Verantwortung. Wenn die Ämter schon oft direkt mit Polizeistellen verbunden sind, so bedeutet dies: Angst vor individueller Wut. Diese Wut ist zu politisieren. Die Angestellten in den Ämtern müssen wissen, sie werden beobachtet, ihre Arbeit wird veröffentlicht.

Privatisierungen und die Auswirkungen der allgemeinen Ökonomisierung treffen besonders die Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten. Hier wäre eine Schwerpunktsetzung nützlich, etwa in Flugblättern, die als PatientInneninfos vor Praxen, Apotheken und Krankenhäusern verteilt werden.

Ähnliches wäre vor Supermärkten vorstellbar, um die Menschen über die Hintergründe der Preissteigerungen zu informieren.

Zwangsumzüge sind nicht hinzunehmen. Sie dürfen nur noch möglich sein unter Brechung von direktem Widerstand. Leerstehende Wohnungen müssen für die Menschen mit Bedarf besetzt werden. Solche Aktionen können nicht breit organisiert werden, - zunächst also nur an zwei oder drei Orten, wo eine hohe Solidarisierung der Parteimitglieder und der jeweiligen Öffentlichkeit zu erwarten ist.

Die Reicheghettos können besucht werden, in Spaziergangdemos an Sonn- und Feiertagen: laut, unangenehm und auffallend. Öffentlichkeitswirksam sollen die Einkommens- und Lebensunterschiede plakatiert werden.

Zur Vorbereitung dieser Aktionen gegen Hartz IV sollte eine landesweite Aktionskonferenz beraten, unter Einbeziehung möglichst vieler KV`s.

Die Überschrift über diese Kampagnen sollte lauten:

„Die Arbeit gehört uns. Wir bestimmen unsere Arbeit selbst“

Unsere Bildungsträger, SALZ und die RLS, sollten hierzu Bildungsveranstaltungen anbieten, zu der zentralen Ausbeutungskategorie des Kapitalismus, zur Ausbeutung der Lohnarbeit, auch um aufzuzeigen, woher Profite stammen und wie sie realisiert werden. Dies ist unbedingt notwendig, um sozialdemokratischen Illusionen über einen „gefesselten Kapitalismus“ vorzubeugen.

2) Imperialismus

Hier steht an erster Stelle unser entschiedenes „Nein“ zum Krieg. Wir müssen deutlich machen, daß Deutschland Krieg führt, wie auch immer er bezeichnet wird. Hieß es einmal: Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin, so muß es heute leider heißen: Stell dir vor, Deutschland führt Krieg und keiner reedet davon.

Dies ist nur möglich in einer publizistischen Verdrängungspolitik, an der auch Bundeswehrstellen beteiligt sind.

Unsere Antwort sollte sein: Die versuchte zeitweilige Blockade von Militärstützpunkten, über die Kriege abgewickelt werden. Beispiele sind in NRW etwa: Der Awacs Nato Stützpunkt Geilenkirchen, er liegt grenznah, eine Zusammenarbeit mit der niederländischen SP und niederländischen Bürgerinitiativen erscheint mir möglich (hier ist auch das Zentrum für Verifikationsaufgaben“ der Bundeswehr angesiedelt, das Bedrohungspotentiale im Ausland ausfindig macht), weiter die „Operative Führung Luftstreitkräfte“ Kalkar, besonders aber die Institutionen in Köln: Hier residieren das Amt für militärischen Abschirmdienst, das Amt für strategische Aufklärung, die Bundeswehrfachschole, das Luftwaffenführungskommando. Das ist nur eine Auswahl. Interessierten GenossInnen kann ich eine vollständige Aufstellung zumailen. Dazu gehört übrigens auch die Wehrforschung an Hochschulen.

Weiter: Die zeitweilige Blockade von Rüstungsbetrieben und/oder ihrer Verwaltungen, etwa Rheinmetall in Düsseldorf und Ratingen. Das „Handelsblatt“ berichtete mit Bezug auf das Jahr 2008:

„Weltweit hohe Ausgaben für Waffen und Munition lassen die Düsseldorfer Rüstungsschmiedler optimistisch in die Zukunft blicken.“

Verderben wir ihre Hoffnung auf weiteren profitablen Mord.

Wir sollten hier auch unsere Aufmerksamkeit auf den Arbeitskreis „Wehrtechnik und Arbeitsplätze“ in der IGMetall richten. Der „Arbeitskreis“ verlangt die Steigerung des Weltmarktanteils deutscher Waffenproduzenten mit einer Reihe von Erklärungen, in denen die Bundesregierung aufgefordert wird, rüstungsindustrielle Expansionsbestrebungen stärker zu fördern. An diesem Beispiel wird überdies deutlich, wo man schließlich landet, wenn nur die Bedingungen der Ausbeutung gemildert werden soll, die Ausbeutung selber aber nicht angegriffen wird.

Begleitet werden müßten solche Aktionen von Aufklärungsveranstaltungen vor Ort.

Zweck dieser Aktionen kann nicht die reale Verhinderung des jeweiligen Betriebs sein, sondern die Bildung von Unterstützungsgruppen, die das Friedensthema buchstäblich auf ihre Tagesordnung gesetzt haben.

In den Zusammenhang „Imperialismus und seine Folgen“ gehört auch eine Kampagne unter der Überschrift „Kein Mensch ist illegal“.

Auch hier müssen wir „vor Ort“ anwesend sein. Das harmlos klingende Bundesverwaltungsamt in Köln führt die Ausländerzentalkartei, die übrigens unter diesem Namen zum erstenmal in Deutschland 1938 angelegt wurde. Zur Zeit werden 23,7 Millionen Daten geführt. Dieses Amt besitzt auch eine Abteilung für die Förderung sogenannter deutscher Minderheiten in Osteuropa und Zentralasien. Diese Volkstumspolitik war in Deutschland schon immer verbunden mit Plänen zur Destabilisierung und mit revanchistischen Forderungen. Nach Insiderinformationen ist geplant, in diesem Amt eine zentrale Abteilung für die geheimdienstlichen Tätigkeiten der Bundeswehr aufzubauen. Dieses Amt zeigt: Der Klassengegner hat die Zusammenhänge des Imperialismus begriffen. Asylsuchende und Illegale müssen von uns vor staatlichen Zugriffen geschützt werden. Hier können wir sicher mit einer breiten Unterstützung rechnen, bis in kirchliche Kreise hinein.

Vor Abschiebeknästen und vor Abschiebeflughäfen sind wir präsent. Die menschlichen Folgen des Imperialismus in unserem Land dürfen nicht eine vergessene Ecke verdrängt werden.

Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus bedeutet in erster Linie Unterstützung der MigrantInnenorganisationen. In den KV's müssen Kontakte geknüpft und gemeinsame Konferenzen organisiert werden. Ausgeschlossen sind faschistische Organisationen, die wir gemeinsam mit den MigrantInnen bekämpfen. Bestehende Kontakte zur SP der Niederlande werden besonders in diesem Bereich ausgebaut.

Mit uns gibt es keinen Platz für Neonazis. Auch dies gehört, das lehrt die historische Erfahrung, in den Bereich „Imperialismus“. Wir warten auf kein Verbot, sondern verhindern hier und jetzt jeden Auftritt. Dies gilt besonders für die geplante Geschäftsstelle der NPD in Krefeld. Das vorgesehene Haus darf nicht an die NPD verkauft werden. Wir müssen bereits jetzt vor Ort präsent sein, um die Folgen eines Verkaufs an die NPD in der Stadt deutlich zu machen.

Gerade nach den aktuellen Übergriffen von Neonazis in NRW heißt es mehr denn je: Wir werden den Neonazis keinen Raum und keinen Ort mehr lassen, um sich zu versammeln oder aufzutreten.

Die „Antikapitalismus“-Kampagne der Neonazis ist nicht zu verharmlosen. Selbst Mitglieder der Gewerkschaften folgen Deutungsmustern, die den Kapitalismus auf das „Geld“, auf das Finanzkapital reduzieren und hierbei antisemitischen Ressentiments anhängen. Die verbreiteten rassistischen Vorurteile auch unter Gewerkschaftsmitgliedern belegen neue Untersuchungen. (Bodo Zeuner, 2007). Die Bildungsträger der LINKEN müssen hiergegen Aufklärungsveranstaltungen organisieren, die vor allem eins deutlich machen: Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung der Lohnarbeit, die grenzübergreifend organisiert wird. Nicht genug kann betont werden: Das wichtigste Mittel gegen Neonazis ist ein konsequenter Antikapitalismus.

Die neue deutsche Geschichtsverdrängung betont wie schon gleich nach 1945 und in den 50er Jahren die Opferrolle der Deutschen, der sog. Bombenopfer und der „Vertriebenen“.

Gerechtfertigt wird damit die revanchistische Politik gegenüber Polen und Tschechien, bis hin zu Entschädigungsforderungen. Demgegenüber sollte die LINKE den 8. Mai 2008 als einen Tag der Befreiung feiern. In NRW würde hierbei besonders der Menschen gedacht, die noch in den letzten Kriegstagen ermordet wurden, auch um jede Alternative zum herrschenden Kapitalismus nach 1945 auszuschließen.

Beispielhaft ist die Kampagne von Düsseldorfer LINKEN: „Historische Stolpersteine“. Sie untersuchen die Schul- und Straßennamen nach Nazianhängern und schlagen Umbenennungen vor. Bereits aus ihrer Kampagne gegen die Bezeichnung einer Schule nach Agnes Miegel, einer Nazidichterin, und für ihre Forderung, die Schule nach der jüdischen Dichterin Rose Ausländer umzubenennen, folgt gegenwärtig eine breite öffentliche Debatte.

Die deutsche Vergangenheit ist nicht vergangen.

Gerichtlich wurde inzwischen bestätigt, daß Arisierungspolizei nicht Arisierungspolizei genannt werden dürfen (DuMont). Dem setzen wir eine Geschichtskampagne entgegen, die über die jeweiligen Arisierung vor Ort aufklären, die nach wie vor verdrängt werden. Wir unterstützen hierbei Geschichtswerkstätten und Gedenkstätten. Ein Schwerpunkt könnte die Aufklärung über den jüdischen Friedhof in Krefeld-Uerdingen sein, der überbaut wurde und als Werksgelände von Bayer mißbraucht wird, während auf dem benachbarten christlichen Friedhof der verurteilte Kriegsverbrecher Fritz ter Meer (Buna Werke in Auschwitz) von den Bayer Werken alljährlich mit einem Kranz geehrt wird, schließlich war Fritz ter Meer nach dem Krieg Aufsichtsratsvorsitzender von Bayer

Der „Zug der Erinnerung“ ist von den KV`s zu wenig unterstützt worden . Hieraus ist zu lernen.

3) Eine emanzipatorische Bildung für alle

Schulen und Hochschulen werden im Zuge ihrer Ökonomisierung entdemokratisiert. Wir warten nicht auf Gesetzesänderungen, sondern organisieren jetzt gegen die unternehmerischen Schulen und Hochschulen eine demokratische Bildung. Nur in einer anderen emanzipatorischen Schule kann das selektive Bildungssystem überwunden werden. Ein erster Schritt ist der Aufbau von selbständigen Gremien, in denen Lernende und Lehrende gleichermaßen vertreten sind, in Zusammenarbeit mit den bestehenden Schüler- und Studierendenvertretungen und dem BdWi. Diese Gremien („Kritische Schulen und Hochschulen“) werden in ihren Institutionen keine Ruhe geben und zusammen mit den Bildungsträgern der Partei kritische Ausbildung anbieten. Die entscheidende Rolle der Bertelsmann-Stiftung ist weitgehend noch unbekannt. Sie reicht vom Centrum für Hochschulentwicklung bis zu von ihr gesponserten Stellen etwa im Jugendamt Essen. Vor Ort in Gütersloh sollten wir im Herbst 2008 eine bundesweite Konferenz zum Thema veranstalten. Bertelsmann wird von uns beobachtet: In Gütersloh und in den Bildungseinrichtungen. Wir werden hierbei auch über die steuerfinanzierte Machtausübung durch Stiftungen informieren.

4) Umwelt

Ein gutes Beispiel für eine breite Mobilisierung bietet die Kampagne gegen die Bayer Pipeline in Düsseldorf. Diese Kampagne arbeitet mit den Mitteln der öffentlichen Aufklärung und Demonstrationen vor Ort.

Der Braunkohlenbergbau „frisst“ nach wie vor die Heimat vieler Menschen. Hier ist ein Bündnis mit den Betroffenen notwendig, bis hin zu Besetzungen von Dörfern, die „abgeräumt“ werden sollen. Zu „Obstwiese“ haben wir nur eine nachträgliche Presseerklärung geschafft.

In hoch belasteten Straßen sind die BewohnerInnen regelmäßig zu informieren. Leider wird dies nicht einmal im Schaufenster unserer Geschäftsstelle in Düsseldorf (Corneliusstr.) beachtet. Mobile Sperrmaßnahmen werden die Aufmerksamkeit der AnlegerInnen erhöhen.

Vor Supermärkten wird über Herkunft, „Nebenwirkungen“ usw. ausgewählter Produkte informiert, zusammen mit den oben vorgeschlagenen Informationen zur Preisgestaltung.

Insgesamt sollen diese Aktionsprogramme gemeinsam mit Parteimitgliedern, sog. sozialen Bewegungen, unabhängigen BürgerInnen verwirklicht werden.

Damit wird zugleich der Parteaufbau, d.h. die Aktionsfähigkeit der Partei vorangetrieben.

Ein solches Programm sichert auch eine richtige Wahlvorbereitung, die auf politische Mobilisierung zielt, nicht auf eine integrative parlamentarische Ruhigstellung. Das vorgelegte Aktionsprogramm zeigt nur mögliche Aktionsschwerpunkte auf.

Hier noch einmal die Schwerpunkte des von mir vorgeschlagenen Aktionsprogramms:

- 1) Aktionen im Zusammenhang mit Hartz IV
- 2) Imperialismus
 - a) Frieden jetzt
 - b) Kein Mensch ist illegal
 - c) Kein Platz für Neonazis
 - d) Die Gegenwart der deutschen Vergangenheit
- 3) Eine andere Bildung für alle
- 4) Umwelt

Zur weiteren Verständigung halte ich einen Programm- und Inhaltskovent etwa im März/April 2008 für unerlässlich, der sich nicht auf die Parteimitglieder beschränken darf. Zeitnah sollte die von mir vorgeschlagene landesweite Aktionskonferenz tagen, mit dem Titel: „Die Arbeit gehört uns. Wir bestimmen unsere Arbeit selbst“.

Zur Vorbereitung sollte der LV bereits jetzt eine Kommission ernennen.

Zum Schluß: ich habe bei der Vorbereitung selbstkritisch noch einmal Lenins „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ gelesen. Das war sehr nützlich: Mit Bezug auf die bürgerlichen Institutionen, nicht nur das Parlament, schrieb Lenin, von der Notwendigkeit am „Parlamentarismus teilzunehmen, aber nur um den bürgerlichen Parlamentarismus ‚politisch‘ zu erledigen“.

Und:

„Und die Aktion der Massen... ist IMMER und keineswegs nur während der Revolution oder in einer revolutionären Situation wichtiger als die parlamentarische Aktion.“

Wolfgang Dreßen